

Medienmitteilung zur Infoveranstaltung vom 21. Mai 2015

Anleger für Investments in partnerschaftlich realisierte Infrastrukturen bereit, aber Projekte fehlen

Bern, 21. Mai 2015 Institutionelle Anleger wären bereit, in mit öffentlich-privaten Partnerschaften nach dem PPP-Modell realisierte Infrastrukturen zu investieren. Derzeit fehlt es in der Schweiz allerdings an geeigneten Vorhaben. Der Verein PPP Schweiz rief die Verwaltungen anlässlich einer Informationsveranstaltung in Bern heute deshalb dazu auf, PPP als Realisierungsvariante bei grösseren Investitionen immer mit zu prüfen. Er forderte die Verwaltungen ebenso wie die Anleger auf, aufeinander zuzugehen, sich vermehrt mit dem PPP-Modell auseinander zu setzen und gemeinsam nach sinnvollen Lösungen zu suchen.

Nach Niklaus Scheerer, Direktor im Corporate und Institutional Banking bei der UBS und Vizepräsident des Vereins, sind vermehrte öffentlich-private Kooperationen für die Realisierung von Infrastrukturvorhaben auch in unserem Land sinnvoll. In der Schweiz stehen in den kommenden Jahren etliche milliardenteure Investitionen in den Infrastrukturbereichen Bildung, Energieversorgung, Freizeit, Gesundheitswesen und Verkehr an. Alleine für die Erneuerung der Spitäler werden in den kommenden Jahren über 20 Milliarden Schweizer Franken aufgewendet werden müssen. Dabei wäre der Einsatz des PPP-Modells zur Zufriedenheit aller möglich, wie das kantonale Verwaltungszentrum „Neumatt“ in Burgdorf zeigte, an dessen Realisierung die UBS massgeblich beteiligt war.

Gemäss Peter Giger, Vizedirektor und Leiter des Geschäftsbereichs Versicherungen bei der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA ist es für Versicherer bereits heute möglich, direkt oder indirekt in Infrastrukturen auch in der Schweiz zu investieren. Leider fehlt es aber nach den Erfahrungen der FINMA an geeigneten Vorhaben, da die öffentliche Hand Vorhaben in der Regel günstiger direkt finanzieren kann. Wichtige Faktoren in der Risikobeurteilung eines Investments sind Verwertbarkeit und Laufzeit des Engagements. Je länger die Laufzeit, desto höher auch das Risiko fundamentaler Umwälzungen, so Giger. Giger legte dar, dass der Gesetzgeber bei den Investitionsmöglichkeiten generelle Beschränkungen erlassen hat, die dem Schutz der Versicherten dienen würden. So müssten etwa Versichertengelder zweckgebunden und zugunsten der Versicherten eingesetzt werden. Bei der Beurteilung von Anlageoptionen müssten aus Sicht der Aufsicht daher die Interessen der Versicherten im Mittelpunkt stehen.

Wie Christoph Manser, Leiter Infrastrukturinvestitionen bei der Swiss Life Asset Managers darlegte, stellen Infrastrukturanlagen aufgrund ihrer stabilen und langlaufenden Erträge und ihrem relativ niedrigen Risikoprofil eine attraktive Anlageklasse dar. Öffentlich-private Partnerschaften nach dem PPP-Modell würden für institutionelle Investoren attraktive Voraussetzungen mitbringen, um sich an Projekten der öffentlichen Hand zu beteiligen. Dabei ist aus Sicht des auch europäisch bedeutenden Versicherungskonzerns deren Implementierung zentral. Für Investoren ist es aus seiner Sicht wichtig, über entsprechende eigene Ressourcen und das entsprechende Fachwissen in den eigenen Reihen zu verfügen, um derartige Investitionen zum Erfolg zu führen.

Auch gemäss Kaspar Hohler, Fachjournalist und Chefredaktor der Fachmagazine „Schweizer Personalvorsorge“ und „Schweizer Sozialversicherung“, möchten Pensionskassen gerne vermehrt in hiesige Infrastrukturen investieren. Leider fehlt es auch nach seiner Einschätzung an geeigneten Vorhaben und Investitionsmöglichkeiten. Hindernisse für derartige Investments bilden überdies regulatorische Vorschriften und fehlende Spezialkenntnisse in der Anwendung und Umsetzung von PPP-Modellen.

Wie Ständerat Hans Stöckli, Vizepräsident der Geschäftsprüfungskommission der Eidgenössischen Räte und Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit darlegte, war der Bund bislang in der Lage, Infrastrukturen selber und verhältnismässig günstig zu finanzieren. Er bezweifelte, ob dies auch in Zukunft immer möglich sei, und stufte daher partnerschaftlich realisierte Infrastrukturen für den Staat und institutionelle Anleger als prüfenswerte Alternative ein. Allerdings müssten nach seiner Einschätzung derartige Modelle transparent gemacht werden; sie dürften darüber hinaus nicht dazu missbraucht werden, um Schuldenbremsen oder andere Vorgaben zu umgehen und dürften den Handlungsspielraum künftiger Regierungen nicht schmälern.

Nach Lorenz Bösch, Präsident des Vereins PPP Schweiz, ist es sinnvoll, PPP als Realisierungsvariante bei grösseren Investitionen immer mit zu prüfen. PPP ist das einzige Modell, das konsequent die Lebenszykluskostenbetrachtung integriert und zu deren Optimierung auch finanzielle Anreize schafft. Er forderte die öffentlichen Verwaltungen ebenso wie die institutionellen Anleger auf, als Partner aufeinander zuzugehen und sich vermehrt mit dem PPP-Modell auseinander zu setzen sowie gemeinsam nach sinnvollen Lösungen zu suchen. Das Modell macht es möglich, sich methodisch sauber mit der Risikoallokation zu befassen.

Um das vielerorts fehlende Wissen im Umgang mit PPP-Vorhaben aufzubauen, führt der Verein in Zürich und Paudex Einführungen speziell für Verwaltungen durch.

Weitere Informationen:

Lorenz Bösch, Präsident Verein PPP Schweiz

Tel. 079 426 54 19

Heinz Gut, Geschäftsführer Verein PPP Schweiz

Tel. 079 400 57 09